Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 588. Sonnabend, 29. November 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Die Sicherheit des Abtransports.

Drahtmeldung.

Schaulen, 28. November.

Am 27. und 28. November fanden in Janischki Waffenstillstandsverhandlungen mit dem lettischen Oberbefehlshaber Ballod durch Vermittlung der interalliierten Kommission statt. Die Verhandlungen hatten zunächst folgendes Ergebnis:

Die interalliierte Kommission übernimmt auf Grund lettischer Zusicherungen die volle Gewähr dafür, daß der Abtransport deutscher Truppen aus Lettland bis zum 13. Dezember einschließlich von lettischer Seite nicht gestört wird. Als Bedingungen für diese Zusicherung wurden gestellt:

1) Die Truppen der Eisernen Division müssen bis zum 28. November, die deutschen Truppen müssen bis zum 1. Dezember längs der Bahn Murajewo–Schaulen versammelt sein.

2) Der Bahnhof Murajewo darf nur zum Abtransport für russische Truppen benutzt werden.

4) Das Verladen der deutschen Truppen muß am 1. Dezember beginnen. Der Abtransport muß etwa am 5. Dezember durchgeführt sein.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die deutsche Legion (Brandis), ebenso die Eiserne Division setzten am 28. November ihren Rückmarsch fort. Ein russischer Angriff auf Platuny wurde am 28. November vormittags abgewiesen. Das 2. Bataillon des Detachements Plessow ist gestern nach Danzig abgerollt. Bis zum 28. November einschließlich haben 2200 Militärpersonen und 2000 Flüchtlinge die deutsche Grenze passiert.

Nach Telegrammen, die an amtlichen Stellen vorliegen, sind die Ausführen darauf, daß sich der Rücktransport der baltischen Truppen jetzt ordnungsmäßig vollzieht, einigermaßen günstig, da nach diesen Nachrichten technische Schwierigkeiten bei den Eisenbahnbewegungen nicht zu fürchten sind.

* * *

In dem Leitartikel eines gestrigen Berliner Abendblattes wurden Behauptungen aufgestellt, daß in der amtlichen Berichterstattung über das Baltikum fort und fort Berichte über die massenhafte Rückkehr der Truppen veröffentlicht würden, bis sich plötzlich herausstelle, daß nur fünf- oder sechstausend Mann dem Befehl der Regierung Folge geleistet hätten, und ferner, daß nicht 20 000 Mann oder darunter, sondern wenigstens 40 000 Mann deutscher Truppen im Baltikum ständen. Demgegenüber müssen wir im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen feststellen, daß die amtliche Berichterstattung in der Nennung von Zahlen, die auf den Rückmarsch der Truppen aus dem Baltikum Bezug hatten, außerordentlich vorsichtig gewesen ist, und zwar aus dem Grunde, weil die Nachrichtenübermittlung aus dem Baltikum durch den dort herrschenden Wirrwarr sehr schwierig, aber auch ebenso unzuverlässig bleibt. Unseres Wissens ist überhaupt amtlich nur einmal eine Zahl genannt worden, die einen ungefähren Begriff von den im Rückmarsch befindlichen Truppen geben sollte. Es wurde aber damals gleichzeitig betont, daß diese Ziffer auf irgendwelche Genauigkeit keinen Anspruch erheben könnte.

Freilassung gekaperter deutscher Schiffe.

Kopenhagen, 28. November. Nach der Verhängung der Ostseesperre brachten englische und französische Kriegsschiffe in der Ostsee eine Anzahl deutscher Segelschiffe auf, die ohne Kenntnis der Sperre ausgelaufen waren. Die Engländer ließen im allgemeinen die Schiffe auf ihre alten Fahrzeitweise hin die Reise fortsetzen. Die Franzosen aber hielten in allen Fällen die Kaperung aufrecht und versahen die deutschen gekaperten Schiffe mit französischen Wachen. Einige deutsche Segler wurden mit französischen Wachtposten in der Kögebucht vor Anker gelegt. Die Franzosen wollten die Kaperung auch bei solchen Schiffen aufrecht erhalten, die bei schwerem Sturm im Oktober von ihrer Verankerung losgerissen waren und in dänische Gewässer getrieben wurden. Von dem deutschen Marineattaché sind wiederholt, auch bei der dänischen Regierung gegen dieses Vorgehen Proteste eingelegt worden, und die Fälle bilden den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen. Infolge der deutschen Proteste sind von der Entente alle von den Franzosen gekaperten Schiffe freigelassen worden. Die Schiffe erhielten die Erlaubnis, sofort nach ihren deutschen Häfen abzugehen.

Der Oberste Rat über Scapa Flow.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 29. November.

Die beiden deutschen Noten in bezug auf die bei Scapa Flow versenkten Schiffe und die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen sind gestern dem Obersten Rat überreicht worden. Das Schicksal der versenkten Schiffe bildete in seiner gestrigen Sitzung den Gegenstand ausführlicher Besprechungen. Es wurde beschlossen, so bald wie möglich die Schiffe zu heben. Sie sollen später sämtlich abgebaut werden. Ueber die Verwendung des Materials wurde indessen noch keine bestimmte Verfügung getroffen. Inzwischen steht fest, daß Frankreich und Italien einige dieser Schiffe erhalten werden, als Vergütung für die Verminderung ihres Schiffsraums während des Krieges. Außerdem sollen deutsche ausgelieferte Schiffe unter zeitlicher Begrenzung bis zu ihrer Abnutzung an andere Staaten vermietet werden.

Ueber die Frage der deutschen Docks und des Hafenmaterials, die als Entschädigung für die versenkten Schiffe verlangt werden, konnte der Oberste Rat zu keinem Entschluß kommen. Eine Entscheidung wurde demnach nicht gefällt.

Weiter befaßte sich der Oberste Rat mit den Bedingungen, die als Ergänzung des gegenwärtigen Friedensvertrages hinsichtlich der Lieferung von Lebensmitteln an Oesterreich festgesetzt werden sollen. Die ungarische Regierung hat dem Obersten Rat einen Vorschlag für die Versorgung Oesterreichs aus ungarischen Hilfsquellen unterbreitet, der einem Sonderausschuß übermiesen wurde. Schließlich entschied der Oberste Rat noch, daß die rumänische Regierung, die erst am 24. November die Note der Verbündeten erhalten hat, ihre Antwort den Vertretern der Entente in Bukarest noch vor dem 3. Dezember überreichen müsse.

Kein Nachgeben der Reichsregierung.

Einhaltung des Friedensvertrags.

Wie wir aus Kreisen, die dem Kabinett nahestehen, vernehmen, ist die Reichsregierung fest entschlossen, in der Frage der Ablieferung der 400 000 Tonnen Docks, Bagger und Schiffsmaterial nicht nachzugeben, und zwar handelt es sich hier nicht um eine Prestigefrage, sondern darum, daß die Aufgabe des geforderten Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz schlechterdings unterbinden würde. Ebenso unannehmbar ist für die Reichsregierung die Klausel des Annexprotokolls, nach der es in das Belieben Frankreichs gestellt wäre, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken.

Die Reichsregierung will den Frieden, aber nicht einseitige Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, sowie der Friedensvertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bedingungen.

Ein Ermittlungsverfahren gegen Sklarz.

Der Erste Staatsanwalt am Landgericht I hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Sklarz eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung von Sonnenfeld aus Holland ist schon seit Anfang dieses Monats im Gange.

In der Angelegenheit Sklarz ist von einigen Blättern die Behauptung aufgestellt worden, daß Georg Sklarz seine Reise auf Grund eines Passes des Auswärtigen Amtes ausgeführt habe. Wie wir vom Auswärtigen Amt erfahren, ist die Angelegenheit dort untersucht worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Auswärtige Amt dem Georg Sklarz keinen Paß ausgestellt hat.

Die Besetzung des Bitterfelder Industriebezirks.

Zu dem Generalstreik im Bitterfelder Industriebezirk meldet die „Freiheit" als Forderung der Arbeiter u. a. die sofortige Zurückziehung der Truppen und Aufhebung der richterlichen Hafbefehle gegen drei Betriebsratsvorsitzende der Anilinwerke.

Wie wir hierzu an zuständiger Stelle erfahren, kommt eine Zurückziehung der Truppen erst dann in Betracht, wenn die Ruhe völlig wiederhergestellt ist, und eine Aufhebung der Haftbefehle im Verwaltungswege ist schon deshalb ausgeschlossen, weil es sich um richterliche Haftbefehle handelt.

Ludendorff und die Schule.

Die Leiter und Leiterinnen der höheren Schulen der Provinz Brandenburg haben in ihrer Jahreskonferenz sich mit denjenigen Leitern höherer Schulen solidarisch erklärt, die im Rahmen der bestehenden Bestimmungen ihren Schülern Gelegenheit gegeben haben, den Feldmarschall von Hindenburg bei seiner Anwesenheit in Berlin zu sehen und ihm zuzujubeln. Wie die „P. P. N." erfahren, ist man an zuständiger Stelle der Auffassung, daß Ludendorff selbst es war, der die Begeisterung für die Heerführer in parteipolitische Bahnen lenkte. Das ist bedauerlich. Die Regierung kann aber demgegenüber nicht die Augen schließen, sondern muß sich auf den Boden der vorhandenen Tatsachen stellen und die Ludendorff-Demonstrationen als parteipolitisches Treiben betrachten.

Keine Verhandlungen mit Sowjetrußland.

Der Osteuropa-Dienst verbreitet eine ihm angeblich „von zuständiger Seite" mitgeteilte Nachricht, wonach zwischen der deutschen Regierung und Sowjetrußland Verhandlungen über Gefangenenaustausch sowie Freigabe gegenseitig beschlagnahmten Eigentums stattfänden, die einen befriedigenden Abschluß erwarten ließen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind diese Mitteilungen vollständig aus der Luft gegriffen. Es werden zurzeit nur die schon seit Monaten auf drahtlosem Wege gepflogenen Verhandlungen mit Rußland, betreffend die Rückführung der von der Sowjetregierung für Radek verhafteten deutschen Geiseln fortgeführt.

Besprechungen mit Oberst Nutt.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Nachricht eines hiesigen Blattes, daß zwischen dem Leiter der mitteleuropäischen Kohlenkommission Oberst Nutt und dem Reichskohlenkommissar Besprechungen stattgefunden haben, entspricht den Tatsachen, doch handelte es sich dabei nicht um die Frage der Verteilung der mitteleuropäischen Kohlenproduktion an die einzelnen Staaten, sondern um Spezialfragen. Kursorisch wurde dabei auch die allgemeine Kohlenlage und die Zukunft der Kohlenversorgung gestreift. Oberst Nutt ist im Gegensatz zu dem, was das Blatt zu melden weiß, der Ansicht, daß die Kohlennot noch auf lange Jahre bestehen bleibt und daß die Besserung nur allmählich vor sich gehen wird.

Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Indien.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist im Laufe eines Schriftwechsels, der zwischen Deutschland und England stattgefunden hat, von englischer Seite zugesagt worden, daß der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Indien Anfangs Dezember beginnen wird und alle erdenklichen Maßnahmen für Durchführung des Transportes in humanitärer Weise getroffen sind.

Mackensens Heimkehr.

Wien, 29. November. Wie dem „Wiener Journal" aus Budapest telegraphiert wird, begibt sich Generalfeldmarschall von Mackensen, der in den nächsten Tagen aus Salonik entlassen wird, über Budapest und Wien nach Deutschland zurück. Er dürfte in Budapest und Wien nur kurzen Aufenthalt nehmen.

Kriegsminister Friedrich für Ungarns Unverletztheit.

u. Budapest, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Kriegsminister Friedrich äußerte sich über die von den Rumänen angerichteten Schäden und über die Notwendigkeit der Einsetzung eines Palatins. Er sagte, daß die Rumänen trotz des Versprechens der Entente die geräumten Gebiete vollständig der Lebensmittel beraubt haben und daß sich infolgedessen diese Gebiete in großer Not befinden. Ferner bemerkte er: „Ohne Armee gibt es keine Nation, keinen Staat, keine Regierungsgewalt. Die ungarische Nation kann nach jeder Hinsicht Zugeständnisse machen, aber auf die Errichtung der nationalen Armee unter keinen Umständen verzichten. Solange in meinen Adern Blut fließt, werde ich nicht geneigt sein, auch nur einen einzigen Gebietsstreifen des tausendjährigen Ungarns preisgegeben.

Die Ostseesperre.

Wie erinnerlich, beruhen die in der Ostsee noch immer bestehenden weitgehenden Einschränkungen der deutschen Schiffahrt darauf, daß die interalliierte Marinekommission am 10. Oktober „aus Anlaß des Angriffs auf Riga" erklärte, die bisher ausgestellten allgemeinen Fahrterlaubnisse würden zeitweise außer Wirkung gesetzt. Inzwischen ist die Periode der zeitweiligen gänzlichen Lahmlegung der deutschen Schiffahrt, wenigstens soweit der Küstenverkehr und der Verkehr mit Dänemark und Schweden in Frage kommt, überwunden. Trotzdem ist der bestehende Zustand alles andere als befriedigend. Die interalliierte Marinekommission hat bisher, abgesehen von dem Verkehr in der Dreiseemeilengrenze und dem Leichterverkehr zwischen deutschen Häfen streng daran festgehalten, daß für jede einzelne Fahrt jedes einzelnen deutschen Schiffes eine besondere Fahrterlaubnis beantragt werden muß. Die Folge sind, ganz abgesehen von dem unnützen Schreibwerk der verschiedenen amtlichen Stellen und der täglichen Belastung des funkentelegraphischen Verkehrs mit Hunderten von unnützen Funksprüchen, erheblicher Zeitverlust und beträchtliche Unkosten für die Beteiligten, dazu eine begreifliche Ungewißheit über den bestehenden Rechtszustand. Die interalliierte Marinekommission geht bis in die letzte Zeit bei Behandlung der deutschen Anträge mit seltsamer Kleinlichkeit vor. Nicht einmal für Bergungsdampfer ist allgemeine Freifahrt bewilligt, vielmehr wird im Falle des Auftauchens eines solchen Dampfers jedesmal eine betendere Anzeige unter Angabe des Zweckes der Fahrt verlangt. Fahrten nach dem Finnischen Meerbusen wurden plötzlich mit Rücksicht auf die Eisverhältnisse, die in deutschen Schiffahrtskreisen sicher genau so bekannt sind wie bei der Kommission, ausnahmslos abgelehnt. Und vor einigen Tagen wurde sogar über zu große Belastung des funkentelegraphischen Verkehrs durch die deutschen Anträge Beschwerde erhoben, so daß man die Kommission durch Funkspruch darauf hinweisen mußte, daß ja ihre eigenen Maßnahmen diese Inanspruchnahme erforderlich machten. Von den festgehaltenen deutschen Schiffen sind inzwischen einige freigegeben worden. Ein Grund für die weitere Festhaltung der übrigen wird nicht angegeben.

Es erscheint angezeigt, nochmals vor aller Welt darauf hinzuweisen, daß die weitere Durchführung der lediglich als Repressalie angeordneten „vorübergehenden" Maßnahme um so ungerechtfertigter ist, als die Bemühungen Deutschlands auf Rückführung der Baltikumtruppen inzwischen Erfolg gehabt haben.

Der Dank Wiens.

Meldung des Korrespondenz-Bureaus.

Wien, 29. November.

In der gestrigen Gemeinderatssitzung machte Bürgermeister Neumann von der Erklärung des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth in der Berliner Stadtverordnetensitzung Mitteilung und gab den Wortlaut folgenden Telegrammes an Oberbürgermeister Wermuth bekannt:

„Mit tiefer Rührung habe ich Kenntnis genommen von den warmherzigen Worten, die Sie an die Berliner Stadtverordneten richteten. Die freundschaftlichen Gefühle, die aus Ihrer zur Hilfstätigkeit aufforderndem Rede klingen, sind ein Trost in schwerem Leid. Ich werde Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister, dem Wiener Gemeinderate zur Kenntnis bringen und danke den Berliner Stadtverordneten und Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für die Sympathie, die in Ihrer Handlung gelegen ist, wärmstens.

Bürgermeister Neumann."

Ferner brachte der Bürgermeister das Telegramm des „Heidelberger Tageblatts" zur Verlesung, in dem die Aufnahme Wiener Kinder für den Winter in Heidelberg und Süddeutschland angeboten wurde. Die Mitteilungen des Bürgermeisters wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

*

Der Reichspräsident hat, an den Präsidenten der deutsch-österreichischen Republik nachstehendes Telegramm geschickt:

„Die Nachrichten von der Not des deutschösterreichischen Bruder-volkes haben in ganz Deutschland das tiefste Mitgefühl aller Volksschichten ohne Unterschied der Parteistellung ausgelöst. Selbst in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und in ernster Sorge um seine Zukunft hat Deutschland sich doch ein Herz bewahrt für die Leiden seiner Stammesgenossen außerhalb der Reichsgrenzen, deren es in diesen Tagen mit besonderer Herzlichkeit gedenkt. Zum Beweis dieser Gefühle ist in ganz Deutschland eine umfassende Hilfsaktion eingeleitet worden, die bestimmt zu einer Milderung des schärfsten Not beitragen wird. Ich darf Sie — Herr Präsident — bitten, dem deutschösterreichischen Volk aus diesem Anlaß die treuen brüderlichen Grüße des ganzen deutschen Volkes und die innigsten Wünsche für eine baldige Besserung der Lage übermitteln zu wollen."

Wahlen und Kabinettsbildung in Rumänien.

Von unserem rumänischen -o.-Mitarbeiter.

Zum ersten Male fanden im alten Rumänien die Wahlen unter dem allgemeinen, geheimen Wahlrecht statt. Das Ergebnis ist überraschend: die Wählermasse war diesmal nicht für die Regierung, zu deren Gunsten im alten Rumänien die Wahlen beinahe immer eine große Mehrheit ergaben, die alternativ, liberal oder konservativ war. Mit Recht pflegte man zu sagen, daß die Wahlen von der Regierung „gemacht" wurden und daß diese sich die Mehrheit in der Kammer „fabrizierte". Das Parlament war immer der Ausdruck der Regierung und nicht die Regierung derjenige des Parlaments, wie es das Wesen eines parlamentarischen Staates verlangt. Die Regierung Bratianu zog sich zurück, als sie sich im Innern compromittiert hatte und noch außen nicht mehr halten konnte, und überließ ihren Platz einer Regierung von Generalen, was Bratianu allerdings nicht hinderte, mit Unterstützung des Königs alles zu versuchen, um sich seine Autorität im Lande zu sichern und die Wahlen zugunsten der liberalen Partei zu „machen". Auf Grund dieser Wahlen sollte dann Bratianu von neuem mit der Bildung einer Regierung betraut werden, und der Oberste Rat in Paris hätte sich genötigt gesehen, mit dem rumänischen Staatsmann zu verhandeln, gegen den er seit der Eröffnung des Friedenskongresses in fortdauerndem Kampf stand. Die Opposition, die demokratische Partei Take Jonescus, die „Volksliga" unter Führung des Generals Averescu und die sozialistische Partei, hat sich der Wahlen enthalten mit der Begründung, daß sie im Belagerungszustand und unter Pressezensur stattfänden und somit im Widerspruch zur Verfassung stünden. In Wirklichkeit bestrichtete die Opposition, daß sie, von einer Regierung durchgeführt, welche das Werk Bratianus war und deren Ziel dahin ging, seine innere und äußere Politik zu stützen, dieser auch im neuen Parlament eine große Mehrheit verschaffen und so Bratianu auch in Großrumänien zum Herrn der Lage machen würden. Und dies um so mehr, als König Ferdinand so unversöhnlich war, deutlich zu zeigen, wie wie ihm darum lag, sich diesen Berater, mit dem er gemeinsam den Krieg erklärt und geführt hatte, zu erhalten.

Das Ergebnis der Wahlen war somit eine Ueberraschung für die Partei Bratianus sowohl wie für die geeinigte Opposition und den König. Die liberale Partei hat von 260 Abgeordneten, die das alte Königreich wählt, nur 101 Sitze in der Kammer erhalten. Somit besteht die Mehrheit der neuen Kammer aus denjenigen Elementen der oppositionellen Parteien und Gruppen, die an den Wahlen teilnahmen und nicht die Taktik des Wahlverzichtes verfolgten. Auf diese Weise errang die Bauernpartei 57 Mandate, die national-demokratische Partei 27 und die Fortschrittspartei unter Marghiloman 13. Die übrigen Sitze erhielten 6 Sozialisten und 37 Unabhängige, die keiner Partei oder keiner Gruppe angehören.

Bratianus Niederlage wird nicht nur dadurch bewiesen. Die geeinigte Opposition legt besonderen Nachdruck auf die verhältnismäßig geringe Zahl der für die Partei Bratianus abgegebenen Stimmen und auf die hohe Zahl derjenigen Wähler, die sich entweder, ihrer Wahlparole gemäß, an den Wahlen nicht beteiligt oder aber ungültige Stimmzettel abgegeben haben. Von 1 300 000 eingetragenen Wählern haben nur 199 000 für die Bratianisten gestimmt, 431 500 haben an der Wahl nicht teilgenommen obwohl diese obligatorisch ist, ferner haben 278 000 ungültige Stimmzettel abgegeben. In Bukarest sprechen die Zahlen noch deutlicher für das Fiasko Bratianus. Von 117 572 Wählern stimmten nur 17 202 Wähler für die Bratianisten. Die große Menge entheilt sich ihrer Stimme oder erklärte sich für diejenigen, die den Wahlkampf unter der Parole „Befreiung vom Bratianistischen Joch" geführt hatten.

Wenn sich somit die meisten Wähler als antibratianistisch erwiesen, so läßt sich daraus freilich noch nicht der Schluß ziehen, daß sie ganz auf der anderen Seite der altrumänischen Parteien stehen. In Rumänien ist das Volk gegen die Männer, die bisher regierten. Die liberale Partei, die am längsten am Ruder war, ist beim rumänischen Volke auch die unbeliebteste. Die Tatsache, daß sie die nationale Einheit Rumäniens verwirklicht, es territorial vergrößert und seine Bevölkerung vermehrt hat (das alte Königreich hatte 140 000 Quadratkilometer und 7 Millionen Bewohner, Groß-Rumänien hat etwa 300 000 Quadratkilometer und an die 15 Millionen Bewohner), rehabilitiert die liberalen Politiker nicht, die beschuldigt werden, das Land in einen gänzlich unvorbereiteten Krieg getrieben und die Lage ausgenützt zu haben, um persönlich dabei phantastische Gewinne zu erzielen. Diese Anklage richtet sich auch gegen Take Jonescu und seine Anhänger, die, wenn sie sich mit Averescus Partei vereinigt hätten, gewiß so unbeliebt wären wie die Partei Bratianus. Die Macht der Opposition verkörpert sich nicht in der Persönlichkeit Take Jonescus. General Averescu ist der „neue Mann", besonders der rumänischen Bauern. Da aber die Gruppe Averescus die Wahlen boykottiert hatte, mußten die Bauern Kandidaten der neuen Bauernpartei, die zum ersten Male im Parlament vertreten ist. Auch diese Partei hat am Wahlkampf teilgenommen, um das Land von der Tyrannei Bratianus und von den alten Politikern zu befreien.

Die allgemeine Unzufriedenheit, die jetzt in den Städten und auf dem Lande herrscht, hat der alten sozialistischen Partei, die in den letzten Jahrzehnten keinen Vertreter im Parlament hatte, eine passende Gelegenheit, sich zu organisieren. Die Zahl der in Syndikaten eingetragenen Arbeiter ist stark gestiegen. Von Tag zu Tag nimmt die Arbeiterschaft regeren Anteil am politischen Leben, wächst auch ihre Macht. Am ersten Wahltag konnte sich die sozialistische Partei einen einstündigen Generalstreik erlauben, der ihre Stärke bewies. Der sozialistischen Partei und den fortgeschrittenen Demokraten ist zum größten Teil das Fiasko der Bratianuparteien bei den Wahlen zuzuschreiben. Wenn die sozialistische Partei an den Wahlen teilgenommen und Listen aufgestellt hätte, so wäre sie zweifellos im Parlament stark vertreten gewesen. Nichtsdestoweniger wird das neue Parlament auch sozialistische Elemente aufweisen. In den neu angegliederten Ländern sowie im alten Königreich wurden Sozialisten gewählt, die sich nicht um die Wahlenthaltung des Ausschusses gekümmert hatten.

In Siebenbürgen, im Banat, der Bukowina und Bessarabien fanden die Wahlen zur selben Zeit wie im alten Königreich statt. In Siebenbürgen und im Banat ergaben sie eine große Mehrheit für die nationale rumänische Partei, unter Führung von Dr. Juliu Maniu. Es wurden auch einige Ungarn, Sachsen und Schwaben gewählt,